

Sie beraten Menschen, die offiziell gar nicht da sind

Die Mobile Beratungsstelle für Zugewanderte aus Südosteuropa betreut Migranten aus Rumänien und Bulgarien, die in Berlin gestrandet sind.

Text **Janka Vogel**

Frau Bunescu¹ kommt das erste Mal in Begleitung einer Bekannten in die Beratungsstelle. Diese lebt schon länger in Deutschland und spricht gut Deutsch. Sie hat einen festen Job und meistert ihr Leben in Berlin. Frau Bunescu hat sie

vor dem Supermarkt in ihrem Viertel kennengelernt, wo sie jeden Tag die Berliner Obdachlosenzzeitung „Motz“ verkauft.

Die Bekannte möchte Frau Bunescu helfen, sich hier in Deutschland eine Existenz aufzubauen.

Bild Walter Wetzler



Diözesan-Caritasverband **Berlin**

MOBI.Berlin hilft Menschen aus Südosteuropa, die sich in Deutschland eine Existenz aufbauen wollen – wie diese Familie.

en. Und ihren Kindern, die noch in Rumänien leben. Und ihrem Mann, der schwer krank ist. Sie hat deshalb beim Projekt „MOBI.Berlin“ angerufen und einen Termin für ein Beratungsgespräch mit Frau Bunescu ausgemacht. In der „Mobilen Beratungsstelle für Zugewanderte aus Südosteuropa“ ist man auf Fälle wie den von Frau Bunescu spezialisiert.

Frau Bunescu ist pünktlich. Etwas nervös wartet sie im Flur der Beratungsstelle. Stimmengewirr aus verschiedenen Richtungen. Die Türen zu den Beratungsräumen stehen offen. Im Empfangszimmer klingelt das Telefon, und nach einigen Sekunden nimmt jemand ab: „Caritas, MOBI.Berlin“, sagt die Stimme. Dann spricht sie italienisch weiter. Von irgendwoher dringt Kaffeeduft in ihre Nase. In der Küche gegenüber klappert Geschirr.

Frau Bunescu schaut sich neugierig um, weil das Gespräch erst in zehn Minuten starten wird. Das hat ihr gerade eine der Mitarbeiterinnen gesagt, die hin und wieder über den Flur huschen. Sie überlegt, in einer der rumänischen Zeitungen zu blättern, die hier kostenlos ausliegen. Dann wandert ihr Blick über die Flurwände, wo Bilder ihrer Heimat Rumänien hängen. An einer Pinnwand entdeckt sie Informationen in vielen verschiedenen Sprachen, auch in ihrer.

Die Papiere trägt sie in der Plastiktüte

Dann geht es los. Während des Gesprächs mit einer jungen Mitarbeiterin der Beratungsstelle wird Frau Bunescu ruhiger. Sie soll über sich erzählen. Dann spricht auch die Frau, die sie vom Supermarkteingang kennt. Die Beraterin macht sich Notizen. Fragt nach. Schaut sich die Papiere an, die Frau Bunescu in einer Plastiktüte mitgebracht hat. Auf dem Tisch steht noch Osterdekoration. Die Kastanienbäume vorm Fenster blühen schon. In den Regalen sieht sie viele Ordner, an den Wänden allerlei Karten und Informationen. Auf der großen Deutschlandkarte, vor der sie sitzt,

steht in verschiedenen Sprachen „Herzlich willkommen“. Jemand hat es auf Rumänisch dazugeschrieben: „Bine ați venit!“

Frau Bunescu ist 1980 geboren in einer Kreisstadt in Ostrumänien. Sie kam erstmals 2011 nach Deutschland. Da war Rumänien schon vier Jahre lang Mitglied der Europäischen Union. An Frau Bunescu war der damit einhergehende Wirtschaftsaufschwung allerdings vorbeigegangen. Sie hielt sich mit Gelegenheitsjobs über Wasser. Sie ist Analphabetin – wie nach offizieller Statistik etwa 245.000 Menschen in Rumänien.² Die Schule hat sie nur wenige Jahre besucht.

Die Beraterin von MOBI.Berlin versteht, dass Frau Bunescu deshalb der Schulbildung ihrer Kinder eine große Bedeutung beimisst. Die beiden Teenager leben noch in Rumänien. Bei der Oma. Frau Bunescu macht sich Sorgen. Sie möchte die Jungs bald nach Deutschland holen. Sie sollen im Herbst eine Schule in Berlin besuchen. Damit sie eine Zukunft haben, wie Frau Bunescu sagt. Denn in Rumänien haben es junge Leute besonders schwer auf dem Arbeitsmarkt. Das bestätigen auch aktuelle Studien. Die Arbeitslosenrate bei den unter 25-Jährigen ist zuletzt von 17 Prozent im Jahr 2008 auf 22 Prozent im Jahr 2015 gestiegen.³

Sie ist eine „Illegale“

Aber noch können ihre Kinder nicht nach Berlin kommen. Frau Bunescu hat noch keine Wohnung gefunden. Sie lebt bei Bekannten und Bekannten von Bekannten. Einen Mietvertrag hat sie nicht bekommen und eine Wohnungsgeberbestätigung für die Meldebehörde auch nicht. So kann sie sich nicht polizeilich in Berlin anmelden. So ist sie für die Behörden in der Stadt immer noch eine „Illegale“, eine, die gar nicht da ist. Ohne eine Anmeldung glaubt ihr keiner, dass sie tatsächlich und dauerhaft in Berlin lebt. Sie ist ein Niemand hier.

In der Beratungsstelle MOBI.Berlin ist dieses Problem bekannt. Jährlich kommen mehrere Hundert Menschen aus Rumänien und Bulgarien in die offenen Sprechstunden und zu festen Bera-

tungsterminen des Projektes.⁴ Vielen von ihnen geht es anfangs wie Frau Bunescu.

Die Mitarbeiter(innen) haben einen guten Draht zu den Berliner Behörden. Sie versuchen, die Handlungsmöglichkeiten für Menschen ohne polizeiliche Anmeldung zu erweitern. Mit Öffentlichkeitsarbeit wollen sie die Mitarbeitenden von Krankenkassen, Kita-Gutschein-Stellen, Finanzämtern, Schulen, Jobcentern, Sozialversicherungsträgern und anderen Einrichtungen für die schwierige Situation neu zugewanderter Unionsbürger(innen) aus Südosteuropa sensibilisieren. Immer wieder zeigen sich kleine Erfolge: Schulplätze, Bankkonten, Kita-Gutscheine, Steuer-Identifikationsnummern und Rentenversicherungsnummern lassen sich zunehmend ohne eine Meldebestätigung organisieren.

Ein Erfolg bei der Arbeitsuche

Eine Wohnung will Frau Bunescu finden. Sie weint, als sie an ihre Kinder denkt. In der Wissenschaft spricht man von „transnationalen Familien“, Familien also, die in verschiedenen Ländern leben. In Rumänien sind Hunderttausende Kinder davon in ganz unterschiedlichen Varianten betroffen. Weil ihre Eltern im Ausland arbeiten oder noch nach einer Arbeit suchen.

Frau Bunescu hatte bei der Arbeitsuche Erfolg. Die Frau, die sie in die Beratungsstelle begleitet hat, hat sie unterstützt. Sicher hat sie den Job auch bekommen, weil sie gut genug Deutsch spricht, um sich im Alltag zu verständigen. Seit einem Monat arbeitet Frau Bunescu nun als Reinigungskraft. Ihr Beschäftigungsverhältnis ist sozialversicherungspflichtig. So wurde sie durch ihren Arbeitgeber gleich bei einer Krankenkasse angemeldet. Vorher hatte Frau Bunescu keine Krankenversicherung – auch keine rumänische, die im Notfall auch Behandlungskosten in Deutschland zahlen müsste.

Als freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger(innen) haben rumänische und bulgarische Staatsangehörige in jedem Land der Europäischen Union vollen Zugang zum jeweiligen Arbeitsmarkt. In Deutschland ist das erst seit 2014 der Fall. Nun können Zugewanderte auch hier problemlos jeden Job annehmen. Theoretisch.

Die illegalen Praktiken von Arbeitgebern sind bekannt

In der Beratungsstelle von MOBI.Berlin sprechen nämlich viele Menschen vor, die geringfügig beschäftigt sind – aber bis zu 50 Stunden die Woche arbeiten. Auf ihrem Lohnzettel stehen 400

Profile – Projekte – Perspektiven

Caritas NeuRaum – Wohnen nach dem Frauenhaus

Bis Ende 2016 konnten insgesamt 25 Frauen und 34 Kinder in Wohnungen des derzeit bundesweit einmaligen Projektes „NeuRaum“ ziehen. Der Caritasverband für das Erzbistum Berlin stellt Trägerwohnungen mit Beratung und Gruppenarbeit zur Verfügung. Die Wohnungen, die im ganzen Stadtgebiet verteilt liegen, sind gedacht für Frauen, die lange in einem der sechs Berliner Frauenhäuser gelebt haben und diesen Schutzraum nicht mehr benötigen. Alle Frauen haben besondere Schwierigkeiten bei Bewerbungen auf dem Berliner Wohnungsmarkt, zum Beispiel hohe Mietschulden. Mit Unterstützung der Sozialarbeiter(innen) bei „NeuRaum“ können diese Hindernisse teilweise beseitigt werden. Zudem werden in den Frauenhäusern regelmäßig Plätze für andere akut schutzbedürftige Frauen und Kinder frei.

Gabriele Kriegs

Euro; den „Rest“, so erzählen sie, erhielten sie bar. Manche versuchen, Leistungen nach SGB II zu beantragen, um auf diese Weise eine Krankenversicherung zu erhalten. Doch das ist Sozialleistungsbetrug. Ihre Arbeitgeber führen für sie weder Sozialversicherungsbeiträge noch Steuern ab. Sie arbeiten schwarz. Das tut Frau Bunescu nicht.

So viel Bürokratie!

Doch da auch ihr Midijob-Gehalt nicht zum Leben reicht, beantragt sie Leistungen beim Jobcenter. Von MOBI.Berlin wird sie dabei unterstützt. Formulare, Anlagen, Dutzende Kopien, fehlende Unterlagen – Frau Bunescu bekommt Kopfschmerzen. Mit derartigem „Papierkram“ hat sie sich nie vorher in ihrem Leben beschäftigt. Es wird ein weiterer Beratungstermin vereinbart. Bis dahin soll sie sich um ein paar Sachen kümmern. Mit gemischten Gefühlen verlässt sie für heute die Beratungsstelle. Sie fragt sich, ob sie es schaffen wird.

Das Projekt MOBI.Berlin entstand aus der „Mobilen Anlaufstelle für europäische WanderarbeiterInnen und Roma“. Diese war schon 2010 vom Berliner Senat ins Leben gerufen worden. Denn seit der zweiten EU-Osterweiterung im Jahr 2007 hatten die Zuzüge aus Bulgarien und Rumänien nach Berlin merklich zugenommen. Migrationsspezifische Problemlagen waren entstanden und bestehende soziale Ungleichheiten hatten sich verstärkt.

Der Berliner Senat erarbeitete deshalb 2012 eine gesamtstädtische „Strategie zur Einbeziehung ausländischer Roma“, die 2013 mit dem „Aktionsplan Roma“ politisch umgesetzt wurde. Damit wurde auch das Angebot der Anlaufstelle erweitert. Nach einer öffentlichen Ausschreibung erhielt der Berliner Caritasverband den Auftrag, die Anlaufstellenarbeit ab Februar 2015 fortzuführen.

Eine Beratungsstelle mit einem multiprofessionellen Team

Das neu hinzugekommene Projekt MOBI.Berlin wird zu 95 Prozent aus dem Europäischen Fonds

für die am stärksten Benachteiligten (EHAP) finanziert (fünf Prozent Finanzierung durch den Berliner Senat). Kürzlich waren circa zehn EU-Vertreter(innen) zu Gast bei MOBI.Berlin. Sie überzeugten sich vor Ort von den Inhalten, Formen und Herausforderungen der Beratungsarbeit. Und sie waren begeistert. Seit Projektbeginn 2016 wurde eine starke Beratungsstelle mit einem multiprofessionellen und multikulturellen Team aufgebaut. Der Name ist Programm: Mobile Beratungsstelle für Zuwandernde aus Südosteuropa – MOBI.Berlin arbeitet mobil in fünf Berliner Stadtbezirken, aufsuchend, begleitend, beratend.

Wöchentlich finden in drei Berliner Bezirken offene Sprechstunden statt. Hier können Ratsuchende ohne Termin mit ihren Anliegen kommen. Bei länger dauernden und komplizierten Problemen erhalten Ratsuchende einen Termin in der Beratungsstelle, wo sie in Rumänisch, Bulgarisch, Italienisch, Spanisch, Englisch oder Türkisch beraten werden können. Die mobilen Teams begleiten bei Bedarf zu Behörden, Jobcentern, Gesundheitseinrichtungen und Schulen. Sie übersetzen und vermitteln. Sie sind aufsuchend in Parkanlagen, Schrottimmobilien und an Bahndämmen unterwegs und nehmen Kontakt zu wohnungslosen EU-Bürger(inne)n auf. Viele Menschen suchen hier ihr Glück und landen oft genug in einem illegalen Camp oder einer überbelegten Immobilie. Der Ärger mit Behörden und Anwohnern ist vorprogrammiert. MOBI.Berlin nimmt Kontakt auf, klärt über die Möglichkeiten in Berlin auf und vermittelt in Beratung. Aufklärung, Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit für Zugewanderte und Einheimische gehören auch zu den Aufgaben von MOBI.Berlin.

Bei ihrem nächsten Termin in der Beratungsstelle wird Frau Bunescu von ihrem Mann begleitet. Die Beziehung hat durch Auswanderung, Wohnungslosigkeit, Arbeitslosigkeit und Krankheit schwer gelitten. Sie möchten kämpfen. Vor allem wegen der Kinder.

Was ist denn ein Gewerbeschein?

Herr Bunescu hört der Beraterin aufmerksam zu. Vieles, was sie sagt, ist ihm neu. Auch er kam erstmals 2011 nach Deutschland. Die Arbeitsuche war schwierig. Meist war er schwarz auf dem Bau beschäftigt. Später – als die Bauunternehmer zunehmend Kontrollen der Behörden fürchteten – hat ihm jemand eine Gewerbeanmeldung verschafft. Herr Bunescu kann es nicht glauben, als die Beraterin ihn darüber informiert, was ein Gewerbe ist und welche Pflichten man damit eingeht.

Seine letzte Arbeitsstelle verlor er nach einigen Wochen. Sein Arbeitgeber feuerte ihn wegen seiner Krankheit. Herr Bunescu wusste nicht, dass das gegen geltendes Recht ist. Er hat sich nicht gegen die Kündigung gewehrt. Seine Versuche, eine neue Arbeit – legal und mit Vertrag – zu finden, scheiterten.

Auch müsste er dringend zu einem Spezialisten, um seine Erkrankung behandeln zu lassen. Die Ärzte von der Malteser-Migranten-Medizin, wo er seit 2015 regelmäßig ohne Krankenversicherung behandelt wird, können ihm nur eine Notversorgung bieten. Nun möchte sich Herr Bunescu über seine Frau familienversichern. Als er bei der Krankenkasse vorsprach, bekam er allerdings eine Rechnung ausgehändigt: Er soll 4600 Euro Krankenversicherungsbeiträge nachzahlen.

Auch damit ist er nicht allein. Viele Ratsuchende bei MOBI.Berlin⁵ haben ähnliche Sorgen. Die Beraterin atmet tief ein. „Ich kümmere mich darum“, sagt sie. Zwar sieht sie dabei noch etwas ratlos aus, so dass Herr Bunescu zunächst zweifelt. Aber schon am nächsten Tag ruft sie bei der Krankenkasse an. Und dann bei Herrn Bunescu. „Nächsten Mittwoch um 15 Uhr?“, fragt sie. „Dann füllen wir zusammen den Wohnberechtigungsschein aus!“ Herr Bunescu stimmt zu.

Anmerkungen

1. Name von der Redaktion geändert.
2. Letzte Volkszählung, 2011; nachzulesen unter:

INSTITUTUL NAȚIONAL DE STATISTICĂ: *Rezultate definitive ale Recensământului Populației și al Locuințelor [Endgültige Ergebnisse der letzten Bevölkerung- und Wohnungszählung]*, 2011, S. 7; online verfügbar unter: www.recensamantromania.ro/wp-content/uploads/2013/07/REZULTATE-DEFINITIVE-RPL_2011.pdf, zuletzt geprüft am 8.5.2017 (rumänisch).

3. STOICIU, V. (2016): *Romanian Youth – Social Exclusion and Political Unrest*. In: *Südosteuropa Mitteilungen* 56/2016 (05–06), S. 47 (englisch).

4. *Beratungszahlen 2015, 2016 und erstes Halbjahr 2017*.

5. *Informationen zum Projekt MOBI.Berlin*: Annette Schymalla, E-Mail: a.schymalla@caritas-berlin.de

Janka Vogel

Beraterin bei MOBI.Berlin
E-Mail: j.vogel@caritas-berlin.de